

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Staatskinder? 5

Nein zum betreuenden Staat wie er in der DDR war.



Staatskinder? *

Raumplanungsgesetz 9

„Mitte-Links-Mehrheit beginnt sich auszuwirken“, sagt Thomas Müller.



Abzocker-Initiative 10

Die SVP-Delegierten lehnen die Minder-Initiative klar ab.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

3. März 2013

3xNEIN

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die **Familienpolitik** annehmen?
» Weiter lesen auf Seite 5

Wollen Sie die Volksinitiative „gegen die **Abzockerei**“ annehmen?
» Weiter lesen auf Seite 10

Wollen Sie die Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (**Raumplanungsgesetz, RPG**) annehmen?
» Weiter lesen auf Seite 9

NEIN

NEIN

NEIN

Staatskinder?



„Wenn durch die Annahme des Familienartikels am 3. März die ganze externe Familienbetreuung verstaatlicht wird, gibt es keine Wahlfreiheit mehr für Familien.“

Nadja Pieren, Gründerin und Leiterin einer Krippe, Burgdorf (BE)

Familien-Artikel **NEIN**



Am 3. März 3xNein

Am 3. März sind wir alle an die Urnen gerufen. Es geht dreimal um mehr Bevormundung, neue Einschränkungen, eine grössere Bürokratie und letztlich mehr Zentralstaat. Die Antwort kann daher nur lauten: 3xNEIN.

Extrablatt Februar 2013

Nach dem ersten Extrablatt unserer Partei im letzten November, haben wir mit der Ausgabe Nummer 2 die grundsätzliche Frage von Familie und Staat im Lichte des geplanten Familienartikels ins Zentrum unserer Ausgabe gestellt. Zahlreiche Rückmeldungen bezeugen, dass wir den Nerv vieler Leute getroffen haben. Es ist grundfalsch, neue Begehrlichkeiten zu wecken, die Eigenverantwortung der Familien zu beschneiden und den Sozialstaat mit unabsehbaren Kostenfolgen weiter auszubauen.

Nein zum Familienartikel

Gerade die Frage der Folgekosten für die Steuerzahler hat die Befürworter aus den linken Parteien und der CVP in grosse Verlegenheit gebracht. Der Hinweis im Bundesbüchlein, dass die Kosten heute noch nicht beziffert werden könnten, ist schlicht unseriös und unehrlich. Der Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung wird uns mehrere Milliarden an Steuergeldern kosten. Das ist unverantwortlich.

Nein zum revidierten Raumplanungsgesetz

Unter dem Eindruck der radikalen Landschaftsinitiative hat das Parlament eine übertriebene und zen-

tralistische Raumplanungsrevision verabschiedet. Bisher waren vorab die Kantone und Gemeinden für die Raumplanung zuständig. Neu erhält der Bund weitreichende Kompetenzen. Der Staat will Landeigentümer zwingen, innert einer bestimmten Frist ihr Land verbauen zu müssen, ansonsten es zurückgezont wird. Dies wird zu mehr und nicht zu weniger Bautätigkeit führen.

Nein zur Initiative über die Abzockerei

Niemand von uns goutiert überrissene Gehälter und masslose Bonibezüge. Diesen Missstand beheben möchte die sogenannte Abzockerinitiative. Doch es gibt einen besseren Weg. Ein Nein zur Initiative ebnet den Weg für den Gegenvorschlag. Dieser würde bei einem Nein zur Initiative voraussichtlich am 1. Januar 2014 in Kraft treten. Die Revision des Aktienrechtes stärkt die Kompetenzen der Eigentümer (Aktionäre), bevormundet diese nicht unnötig und gibt ihnen die notwendigen Handlungsfreiheiten. Sie sind es, die dem Verwaltungsrat auf die Finger zu schauen haben.

Energiestrategie 2050 – falscher Weg

Die SVP lehnt die Vorschläge des Bundesrates im Energiebereich entschieden ab und fordert mit ihrem Gegenkonzept eine Energiepolitik, welche eine genügende, kostengünstige, unabhängige und sichere Stromversorgung garantiert. Die SVP verlangt vom Bundesrat zudem, dass er eine

detaillierte Gesamtschau über alle Phasen der Energiestrategie auf den Tisch legt. Der Massnahmenkatalog wie auch die gesetzlichen Anpassungen sind alle unter ein Rahmengesetz zu stellen, damit das Volk demokratisch darüber befinden kann.

Volkswahl des Bundesrates

Am 9. Juni 2012 kommt unsere Initiative „Volkswahl des Bundesrates“ zur Abstimmung. In allen Kantonen wird die Regierung vom Volk gewählt. Es gibt keinen Grund, warum die Stimmbürger ausgerechnet bei der Wahl des Bundesrates kein Mitspracherecht haben sollen. Die Volkswahl ist ein Vertrauensbeweis und eine Kompetenzverschiebung hin zum Volk. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der man uns schleichend in die EU führen will. Wählt das Volk, dann haben die Bundesräte vermehrt auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

23. Februar - SVP-Jasscup

Wir treffen uns am traditionellen SVP-Jasscup am Samstag, 23. Februar ab 10.30 Uhr in der Markthalle Toggenburg in Wattwil/SG. Ich freue mich, Sie in meiner Heimat willkommen heissen zu dürfen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Toni Brunner'.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

SVP-ler dominierten grösste Viehausstellung der Schweiz

SVP-Mitglieder sind auch in der Viehzucht top. Der Betrieb GS Alliance aus Bürglen ist fest in den Händen von aktiven SVP-lern.

Der Viehzuchtbetrieb GS Alliance aus Bürglen, Uri, dominierte die Swiss Expo vom 17. bis 20. Januar in Lausanne mit Siegen bei der Rasse Braunvieh und Holstein. Mit der Holstein-Championne-Kuh Decrausaz Iron O'Kalibra holten sie sogar den Titel einer „Championne suprême“, also Gesamtsieg über alle Milchviehassen. Bolton Class, die zweitrangige Kuh, stammte ebenfalls von GS Alliance. Beide Kühe sind übrigens auch vorselektioniert für die Holstein-Europameisterschaft, welche am 1. März in Freiburg stattfindet. Und auch bei der Braunvieh-Rasse siegte GS Alliance mit der Kuh Steiner's Jolden Asthon.

Voll-Blut SVP-ler

Die Brüder Tino und Valo Gisler, welche hinter dem Betrieb stecken, sind auch Voll-Blut SVP-ler. So war Tino Gisler mehrere Jahre SVP-Landrat im Kanton Uri und ist noch immer Delegierter der SVP Schweiz. Vor der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Seedorf traf sich am 26. Oktober letzten Jahres auch der Zentralvorstand der SVP auf dem Betrieb von GS Alliance.

Der Zuchtbetrieb ist am 1. Januar 2009 aus der Fusion der Betriebe Gislers Swiss Elite und Steiner, Wilen bei Wollerau SZ, entstanden. GS Alliance hat als Ziel, braune, rote und schwarze

Rindviehgenetik zu entwickeln und zu vermarkten. Schon je für sich waren die beiden Betriebe von Edwin Steiner, Wilen bei Wollerau SZ, und Gislers Swiss Elite von Tino und Valo Gisler, Bürglen UR, vor allem in der Braunviehzucht züchterische Schwergewichte. Valo und Tino Gisler gehört der Stall in Bürglen. Die beiden Brüder, welche hauptberuflich die Fensterfabrik Nauer in Samstagen führen, erwarben 1994 das Riedisfeld in Bürglen, bauten dort einen Stall und konnten so ihren Bubentraum in Erfüllung gehen lassen: Kühe züchten.

von Samuel Krähenbühl, Redaktionsleiter schweizerbauer.ch



Bildrecht: © Schweizer Bauer

Die Sieger der Holstein-Ausstellung an der Swiss Expo 2012 (von links): Mention honorable P'tit Cœur Affirmed Medecina, Marc Junker, Erhard und Corinne Junker, Iffwil. Reserve-Grande Championne und Reserve-Championne Euter: Bolton Class, GS Alliance, Bürglen. Grande Championne Holstein: Decrausaz Iron O'kalibra, GS Alliance und Pat Conroy, Bürglen.

Unternehmerkomitee gegen die Abzockerei

**NEIN zur Volksinitiative
«gegen die Abzockerei»,
damit der Gegenvorschlag gegen die
Abzockerei sofort in Kraft treten kann.**

Darum setzen sich SVP-Unternehmer gegen die Abzockerei und für den Gegenvorschlag zur Minder-Initiative ein:

- ▶ Allein der Gegenvorschlag geht wirksam gegen die Abzocker vor, weil er sofort umgesetzt werden kann.
- ▶ Würde die Volksinitiative angenommen, würde diese – wie es aktuell die Ausschaffungsinitiative zeigt – während Jahren noch nicht umgesetzt und bis dann bleibt auf den Teppichetagen alles beim Alten. Der Gegenvorschlag schützt deshalb besser vor Abzockern.
- ▶ Der Gegenvorschlag verlangt, dass die Aktionäre, d.h. Eigentümer, die Regeln für Löhne und Boni bestimmen. Falsche Anreize werden so verhindert, bevor es zu neuen Exzessen kommt.
- ▶ Der Gegenvorschlag geht in entscheidenden Punkten über die Initiative hinaus. Die Konzerne müssen jedes Jahr offenlegen, wie hoch die Löhne und Boni der einzelnen Verwaltungsratsmitglieder und der Geschäftsleitung sind. So wird schnell sichtbar, wenn sich jemand gierig bereichert, und die Aktionäre können gezielt einschreiten. Und stellt sich ein Lohn später als nicht gerechtfertigt heraus, erleichtert nur der Gegenvorschlag eine entsprechende Rückforderung.

**Stimmen Sie am 3. März 2013 NEIN, damit wirksam
gegen Abzocker vorgegangen werden kann.**

CASPAR BAADER, Nationalrat, Gelterkinden (BL) • **CHRISTOPH BLOCHER**, Nationalrat, Herrliberg (ZH) • **SYLVIA FLÜCKIGER**, Nationalrätin, Schöftland (AG) • **SEBASTIAN FREHNER**, Nationalrat, Basel (BS) • **PETER FÖHN**, Ständerat, Muotathal (SZ) • **ULRICH GIEZENDANNER**, Nationalrat, Rothrist (AG) • **HANS KAUFMANN**, Nationalrat, Wettswil (ZH) • **YVES NIDEGGER**, Nationalrat, Genf (GE) • **HANSJÖRG WALTER**, Nationalrat, Wängi (TG) • **JEAN-FRANÇOIS RIME**, Nationalrat, Bulle (FR) • **PETER SPUHLER**, a. Nationalrat, Weiningen (TG) • **GREGOR RUTZ**, Nationalrat, Küsnacht (ZH) • **THIS JENNY**, Ständerat, Netstal (GL)

Nein zum neuen Familienartikel

Im Osten Deutschlands, der vormaligen DDR, hatte sich der betreuende Staat vollumfänglich durchgesetzt. Der betreuende Staat ist selbstverständlich ein guter Staat, weil er für seine Bürgerinnen und Bürger sorgt. Er strahlt angenehme Wärme aus und hat nur das Gemeinwohl im Auge. Wer dies nicht wollte, wurde dazu gezwungen.

Der neue Familienartikel, über den wir am 3. März in unserem Land abstimmen, unterscheidet sich von dieser gescheiterten Politik nur unwesentlich. Die Ablehnung staatlicher Einmischung in die Angelegenheiten der Familie unter Wahrnehmung von Eigenverantwortung und Freiheit wird als dem Kinde wenig zuträglich bezeichnet und finanziell bestraft. Staatliche Abhängigkeit und Fürsorgebezug werden im Gegenzug als etwas Gutes und Erstrebenswertes angesehen und honoriert.

Föderalismus als Stärke

Bisher waren es Kantone und Gemeinden, die vorwiegend bei materiellen Problemen in Familien oder bei offensichtlichen erzieherischen Missständen gefordert waren. Es ist darum völlig unverständlich, weshalb man diese sozialpolitische Aufgabe in so verschiedenen Regionen wie Appenzell Innerrhoden und Genf mit Bundesvorschriften und Steuergeldern harmonisieren soll.

„Würde nämlich dem Stimmvolk offenbart, welch gewaltige Kosten in Milliardenhöhe auf die Steuerzahler zukommen, so wäre wohl kaum jemand für diese unnötige Vorlage zu gewinnen.“

Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH)

Staatskinder

Es geht den Staatsfunktionären und der Parlamentsmehrheit nicht um eine soziale Notwendigkeit, sondern dar-

um, einer bestimmten Form der Familie zum Durchbruch zu verhelfen. Die Interessen der Kinder, welche auf ihre Eltern angewiesen sind, bleiben damit auf der Strecke.

Die Familie sollte eine private Angelegenheit bleiben, welche nur bei erzieherischen oder materiellen Missständen die Hilfe der staatlichen Institutionen in Anspruch nimmt. Der Verfassungsartikel jedoch geht davon aus, dass der Staat möglichst allen Familien Verantwortung abnehmen soll und die Kinder nach den streitbaren Vorstellungen von ideologisch geprägten Theoretikern und Funktionären zu betreuen sind.

Finanzielles Abenteuer

Man stellt Leistungen in Aussicht, die schlicht nicht notwendig und überdies nicht finanziert sind. Üblicherweise resultieren solche finanziellen Eskapaden in Steuererhöhungen, welche die Bevölkerung zu tragen hat. Obwohl das Parlamentsgesetz vorschreibt, dass die finanziellen und personellen Konsequenzen einer Vorlage aufgezeigt werden müssen, fehlen



diese wichtigen Informationen beim Familienartikel, wohl aus gutem Grund. Würde nämlich dem Stimmvolk offenbart, welch gewaltige Kosten in Milliardenhöhe auf die Steuerzahler zukommen, so wäre wohl kaum jemand für diese unnötige Vorlage zu gewinnen.

Es braucht zum Wohle der Familie keinen umfassenden Familienartikel in der Bundesverfassung. Darum Nein zum Familienartikel.



von Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern am Albis (ZH)

Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole

Mehr Informationen: www.familienartikel-nein.ch

6 Energiepolitik

Energiestrategie 2050 des Bund

Oberste Ziele des bestehenden wie auch künftigen Energiekonzepts müssen die Versorgungssicherheit, Planbarkeit, Rechts- und Investitionssicherheit sein. Dies wird mit bezahlbarer, vom Ausland unabhängiger und sicherer Energie erreicht. Die Strategie des Bundes erfüllt diese Vorgaben klar nicht, sondern führt im Gegenteil zu mehr Abgaben, staatlichen Eingriffen und einer Schwächung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie ist unverantwortlich und deshalb entschieden zu bekämpfen.

Im Nachgang zu den Ereignissen in Japan beschloss der Bundesrat im Mai 2011 im Eilverfahren den Ausstieg aus der Kernenergie. Die bisherige, bewährte Energiepolitik wurde über den

„Die künftige Energiepolitik braucht verlässliche Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Wirtschaft. Aufgrund der Tragweite dieses Entscheids ist die demokratische Mitwirkung des Volkes zudem unerlässlich.“

Nationalrat Hans Koller (AG)

Haufen geworfen. Die Mitte-Links-Allianz bestätigte diesen überhasteten und nicht durchdachten Entscheid im Dezember 2011 gegen den Willen der SVP. Im September 2012 wurde das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 in die Vernehmlassung gegeben. Diese ging nun Ende Januar 2013 zu Ende.

Energiestrategie 2050 ist plan- und konzeptlos

Die SVP hat bereits in den Ausstiegsdebatten in den Kommissionen und im Parlament klargemacht, dass eine Abkehr von der bisherigen bewährten Energiepolitik nur verantwortbar ist, wenn entsprechende Alternativen vorhanden sind. Diese sind jedoch auch heute, bald zwei Jahre nach

dem Ausstiegsbeschluss des Bundesrates, nicht in Sicht. Weder ist ein Masterplan mit genau definierten Massnahmen, Bauvorhaben und entsprechenden Inbetriebnahmedaten vorhanden,

noch sind genügend andere Energieträger, welche die Kernenergie ersetzen sollen, bereit. Die von Bundesrat und Parlament beschlossene Energiestrategie 2050 ist ein Flickwerk ohne realistische und umsetzbare Vorgaben. Sie berücksichtigt weder die Wirtschaftlichkeit noch die

bisherigen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Forschung.

Stattdessen wird unter dem Deckmantel der Energiestrategie ein staatlicher Angriff auf den Föderalismus, die Freiheit des Einzelnen und die Wirtschaft geführt. Abgaben und Gebühren wie auch Subventionen sollen massiv erhöht

werden – bei gleichzeitiger Verschlechterung der Versorgungssicherheit mit einer erhöhten Abhängigkeit vom Ausland und den internationalen Märkten.

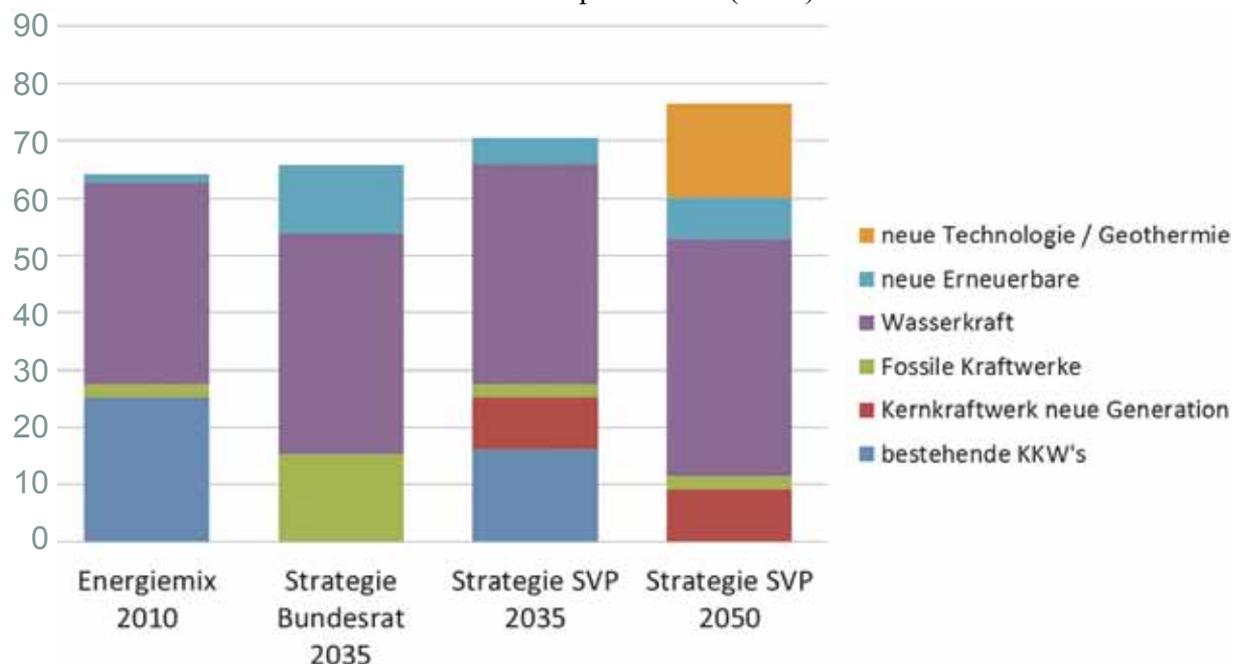
Das Energiekonzept der SVP – realistisch, bewährt, umsetzbar

Genügend Energie ist unabdingbar für die weitere Entwicklung unseres Landes. Die SVP hat sich stets zu einer Politik mit genügend, sicherer, bezahlbarer und vom Ausland möglichst unabhängiger Energie bekannt. Aufgrund des Entscheids von Bundesrat und Parlament hat die Partei die Stossrichtung der Energiestrategie 2050 eingehend analysiert und bereits im Sommer 2012 ein Gegenkonzept vorgestellt.

Dieses Gegenkonzept der SVP wurde an einer Fachtagung und in verschiedenen internen Gremien weiter überarbeitet und basiert auf folgenden Eckwerten für den Strombereich:

Vergleich Strommix Bund und SVP

in Terawatt pro Stunde (TWh)



es führt ins Abseits



Die Nationalräte Guy Parmelin, Hans Koller und Albert Rösli (von links) kurz vor der Präsentation des Energiekonzepts der SVP in Bern (31.01.2013).

» Ersatz von 3TWh bis ca. 2030 durch mehr Wasserkraft. Dies bedingt eine klare Verbesserung der Rahmenbedingungen für diesen Energieträger. So ist das Verbandsbeschwerderecht diesbezüglich aufzuheben und die Verfahren sind zu straffen.

„Die Energiestrategie 2050 ist eine Black-box. Ein Grossteil der Massnahmen ist noch nicht bekannt. Diese Unsicherheit schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz und führt zu Investitionsstillstand und Arbeitsplatzverlusten.“

Nationalrat Guy Parmelin (VD)

» Ersatz von 3TWh bis ca. 2030 durch mehr neue erneuerbare Energien (Wind, Photovoltaik, Biomasse). Dies soll mit einer Aufhebung der prozentualen Teildeckelungen der Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erreicht werden, mit Ausnahme der Photovoltaik, welche aufgrund ihrer geringen Wirkung weiterhin begrenzt bleibt. Die KEV-Abgabe an sich soll dabei nicht erhöht werden, sondern bleibt auf dem heute bestehenden Satz. Auch hier sind die Verfahren für Projekte zu kürzen und das Beschwerderecht einzuschränken

» Die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke beträgt, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt, mindestens 60 Betriebsjahre. Dies gibt

die dringend benötigte Versorgungssicherheit, bis neue Produktionsanlagen zur Verfügung stehen.

» Ersatz von 3TWh und Kompensation des steigenden Stromverbrauchs (jährlicher Zuwachs +0.5%, was 6TWh ergibt) bis ca. 2030 durch ein neues Kernkraftwerk modernster Bauart.

» Bei Ablehnung eines neuen Kernkraftwerks durch die Bevölkerung müsste die fehlende Elektrizität im Sinne der Versorgungssicherheit mittels teurer Strom-

importe oder grossflächigem Einsatz emissionsintensiver, fossiler Energien für die Stromproduktion (Kohle, Öl, GuD und WKK mit fossilem Erdgas) sichergestellt werden. Die Anpassung der klimapolitischen Gesetze ist hierfür unumgänglich.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen des SVP-Konzepts wird es möglich sein, die Energieversorgung der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen. Damit das Volk auch seinen Willen dazu unverfälscht kundtun kann, ist die Energiestrategie 2050 unter ein referendumsfähiges Rahmengesetz zu stellen und mittels einer

„Das Energiekonzept der SVP baut auf bekannten und bewährten Grundsätzen und Technologien auf. Es ist sowohl zeitlich als auch finanziell umsetzbar.“

Nationalrat Albert Rösli (BE)

Gesamtschau alle Massnahmen der gesamten Strategie bereits im Vorfeld bekannt zu machen. Das aktuelle Vorgehen des Bundesrates mittels Salami-taktik ist staatlich höchst bedenklich. Eine Exit-Strategie, welche bei einem Scheitern von Zwischenzielen zur Anwendung kommen soll ist auch nicht vorgesehen.

Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates...

... ist das Massnahmenpaket, mit welchem der Bundesrat den Ausstieg aus der Kernenergie sicherstellen will. Sie gliedert sich in drei Phasen, wovon die erste bis 2020, die zweite bis 2035 und die dritte bis 2050 dauern soll. Mit einer massiven Stärkung der Energieeffizienz im Gebäudebereich, bei Elektrogeräten, der Industrie und Mobilität will der Bundesrat den Verbrauch pro Person über die Jahre markant reduzieren. Gleichzeitig soll die nukleare Stromproduktion durch Einsparungen und den Zubau erneuerbarer Energien ersetzt werden. In einer zweiten und dritten Phase werden zusätzliche Abgaben auf Treib- und Brennstoffen fällig und eine ökologische Steuerreform anvisiert. Gleichzeitig sind weitere Massnahmen und Eingriffe vorgesehen, falls die anvisierten Ziele nicht erreicht werden.

0,07%
KIA
LEASING

MEHR AUTO FÜRS GELD
www.kia.ch



MEHR FREIRAUM FÜRS LEBEN. DER KIA CEE'D SPORTSWAGON.



HVS Forch

cee'd_sw



The Power to Surprise

Der cee'd Sportswagon ist ein multifunktionaler Grossraum-Kombi der Extraklasse. Ideal für die Familie, Ferienreisen, Business sowie Sport- und Freizeitaktivitäten. Dazu verblüfft er mit sportlichem Charme und einer Top-Ausstattung par excellence!
cee'd Sportswagon 1.4 L CVVT 100 PS ab CHF 19'777.-

Verbrauch gesamt l/100 km (Energieeffizienzklasse, CO₂ g/km) – Durchschnitt aller Neuwagen 153 g/km –
1.4 L CVVT man. 6,1 (D, 136), 1.6 L GDI man./DCT* 5,9/6,3 (C/D, 131/141), 1.6 L CRDi man./aut. 4,2/5,6 (A/C, 110/149).
7 Jahre Werkgarantie + 7 Jahre Kia Assistance. Preisangaben: empfohlene Nettopreise inkl. MwSt.



* DCT = Doppelkupplungsgetriebe. Abgebildetes Modell: cee'd Sportswagon 1.6 L GDI/CRDi Style (mit Optionen).
0,07%-Leasing: Rechnungsbeispiel cee'd Sportswagon 1.6 L GDI Trend man.: empfohlener Nettopreis inkl. MwSt. CHF 26'777.-, Kautionszahlung 15% (nicht obligatorisch), Laufzeit 36 Monate, 10'000 km/Jahr. Leasingrate/mtl. CHF 276.25, effektiver Jahreszins 0,07%. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt.



PICANTO
ab CHF 14'650.-



RIO
ab CHF 19'777.-



SOUL
ab CHF 22'550.-



VENGA
ab CHF 22'490.-



CEE'D
ab CHF 18'777.-



OPTIMA HYBRID
ab CHF 47'950.-



SPORTAGE
ab CHF 33'950.-



NEW SORENTO
ab CHF 36'950.-



CARNIVAL
ab CHF 40'950.-



Kia Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99

Das neue Raumplanungsgesetz – ein veritabler Blindgänger

Die Verschärfung des Raumplanungsgesetzes (RPG) bringt mehr Bürokratie sowie Steuern und Abgaben für Bevölkerung und Wirtschaft. Die nicht durchdachte Revision führt zudem zu mehr staatlichen Eingriffen, einer Schwächung des Föderalismus und lässt die Mieten und Lebenskosten generell massiv ansteigen. Interview mit Nationalrat und Stadtpräsident Thomas Müller aus Rorschach (SG).



Welche Konsequenzen hätte ein Ja am 3. März 2013 für die Gemeinden?

Thomas Müller: Eine Vorbemerkung: Die Schweiz hat im Herbst 2011 mitte-links gewählt, das beginnt sich auszuwirken. Das Parlament ist den Initianten nicht bloss entgegen gekommen, sondern weiter gegangen. Es gilt fortan das Diktat der Planer in Bund und Kantonen.

Was heisst Diktat?

Die RPG-Revision verlangt, dass die Bauzonen einer Gemeinde höchstens dem voraussichtlichen Bedarf der nächsten 15 Jahre entsprechen. Das tönt auf den ersten Blick vernünftig. Aber wer legt den Bedarf pro Gemeinde fest? Das wird zu Ungerechtigkeiten führen. Es gilt nicht mehr, was die Stimmberechtigten für richtig halten, sondern was die Planer für richtig halten bis hin zu Auszonungen.

Verträgt sich das mit der Gemeindeautonomie?

Eine berechtigte Frage, es geht aber noch weiter. Die RPG-Revision ist ein typischer Top-Down-Ansatz: Oben bestimmen wenige, was unten alle zu tun haben. In der Schweiz ist seit Jahren ein schleichender Verlust von Freiheit zu beobachten. Alles wird geregelt, alle paar Monate kommen neue Vorschriften und Einschränkungen hinzu. Die RPG-Revision ist ein bezeichnendes Beispiel.

Wer bezahlt die Auszonungen?

Zunächst die Grundeigentümer mit der Mehrwertabgabe an die Gemeinde. Sie wird bei Neu-Einzonungen erhoben. Nur: Es liegt auf der Hand, dass die Gemeinden, die Rückzonungen vornehmen

„Die Schweiz hat im Herbst 2011 mitte-links gewählt, das beginnt sich auszuwirken. Das Parlament ist den Initianten nicht bloss entgegen gekommen, sondern weiter gegangen.“

Nationalrat Thomas Müller (SG)

müssen, in den wenigsten Fällen identisch sind mit den Gemeinden, denen die neue Einzonung von Bauland erlaubt wird. Es wird deshalb ein neuer Umverteilungsmechanismus zwischen den Gemeinden geschaffen werden. Solche bürokratischen Systeme haben wir in der Schweiz bereits genug. Sie sind teuer und blähen die Verwaltungen auf.

Was ist schlecht an der Mehrwertabgabe?

Sie verteuert im Einzelfall das Bauland und damit das Wohnen und die Erstellung von Unternehmensgebäuden. Die Politik beklagt bei jeder Gelegenheit die „Hochpreisinsel Schweiz“ und schafft gleich den nächsten Preisschub. Auch hier ist der nächste Schritt absehbar. Planungsmehrwerte werden nicht bloss durch Neu-Einzonungen geschaffen, sondern

auch durch Auf- und Umzonungen innerhalb der Bauzone. Es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, bis die Mehrwertabgabe darauf ausgedehnt wird. Die RPG-Revision ist nicht bloss eine raumplanerische Angelegenheit, sie löst einen Preisschock aus, nicht nur für Grundeigentümer, sondern für alle.

Und wie steht es mit der Bauverpflichtung?

Die Gemeinde kann einem Grundeigentümer eine Frist zur Überbauung eines Grundstücks ansetzen. Kommt er dem nicht nach, hat sie das Recht, das Grundstück zwangsweise zu erwerben. Ich gehe davon aus, dass dieses Instrument mit grosser Zurückhaltung und wirklich nur als letzte Massnahme eingesetzt wird. Aber die Bestimmung ist ordnungspolitisch bedenklich. Der Staat bestimmt, ob und in



welcher Art die Bürger Grundeigentum haben dürfen – ein sozialistisches Modell par excellence. Ich lehne die RPG-Revision deshalb klar ab.

Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole

Mehr Informationen: www.rpg-revision-nein.ch



10 Abzocker-Initiative

Gegenvorschlag besser als „Abzockerinitiative“

Bei jedem gut geführten Unternehmen gilt: Der Unternehmer (Eigentümer) hat die Vergütungen seiner leitenden Angestellten zu bestimmen. Leider gilt dies heute vor allem bei den grössten börsenkotierten Unternehmen nicht. Dort haben heute die Aktionäre über die Saläre der leitenden Leute nichts zu sagen. Die Verwaltungsräte bestimmten ihre Bezüge selbst. Das führte zu zum Teil exorbitanten Entschädigungen und Boni. Sogar noch bei Misserfolg.

Dieser Missstand ist dringend zu beseitigen. Das tut endlich der Gegenvorschlag zur Minderinitiative. Dieses Gesetz gegen die Abzockerei ist dank dem Druck der Minder-Initiative ermöglicht worden. Ohne diese hätten Bundesrat und vor allem die Mitte-Parteien nichts gemacht!

Nur leider kann das griffige Gesetz gegen die Abzockerei nicht in Kraft treten, weil den Initianten die Kraft fehlte, diese Volksinitiative zurückzuziehen. Das ist tragisch, denn der Gesetzesvorschlag erfüllt die Forderungen der Volksinitiative gegen Abzockerei weitestgehend. Nun muss die Abzocker-Initiative abgelehnt werden, damit die Selbstbediendungs-Mentalität in den grossen Aktiengesellschaften aufhört. Nur die Ablehnung der Abzockerinitiative garantiert dies!

„Nur leider kann das griffige Gesetz gegen die Abzockerei nicht in Kraft treten, weil den Initianten die Kraft fehlte, diese Volksinitiative zurückzuziehen. Das ist tragisch, denn der Gesetzesvorschlag erfüllt die Forderungen der Volksinitiative gegen Abzockerei weitestgehend.“

Nationalrat Christoph Blocher (ZH)

Der griffige Gegenvorschlag

1. Der Gegenvorschlag, der bei Ablehnung der Volksinitiative nach drei Monaten in Kraft treten kann, sieht vor, dass jährlich die Generalversammlung die Gesamtsumme sämtlicher Vergütungen des Verwal-

tungsrates und die Vergütungen jedes einzelnen Verwaltungsrates verbindlich genehmigt. Der Gegenvorschlag geht in dieser Beziehung über die Initiative hinaus.

2. Der Gegenvorschlag verbietet die Depot- und Organstimmrechte für alle börsenkotierten Gesellschaften.

3. Unabhängige Stimmrechtsvertreter werden durch die GV gewählt. Die Gesellschaftsorgane dürfen also keine Stimmen mehr vertreten.

4. Für die Geschäftsleitung ist nicht nur der Gesamtbetrag, sondern auch der höchste auf ein Mitglied entfallende Betrag (neu: OR Art. 731 g Abs. II, Ziff 2) zu genehmigen. Die Statuten bestimmen, ob dies verbindlich oder konsultativ geschehen soll. Die konsultative Regelung hat

sich als wirksam erwiesen. Die Verbindlichkeit hat den Nachteil, dass bei Ablehnung die gesamte Geschäftsleitung ohne eine Entschädigung dasteht, und es Wochen dauert,

bis eine neue Generalversammlung einberufen werden kann. Aber die Aktionäre können entscheiden, ob sie verbindliche oder fakultative Abstimmungen wollen.

5. Der Gegenvorschlag verbietet wie die Volksinitiative Abgangsentschä-



Céline Amaudruz,
Nationalrätin,
Genf

«Nur der Gegen-
vorschlag wirkt
rasch gegen
hohe Löhne und
Boni.»

NEIN DER **MINDER-
INITIATIVE**

www.minder-nein.ch

digungen und Vorauszahlungen an Mitglieder von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung (neu: OR Art. 731 I Abs.1 Ziff. 1 und 2). Weil es aber gerechtfertigte Ausnahmen geben kann, sieht er eine Ausnahme vor. Aber eine solche Ausnahme ist nur möglich, wenn dies erstens die Generalversammlung mit zwei Drittel der Stimmen und der Mehrheit des Aktienkapitals genehmigt und zusätzlich dies im Interesse des Unternehmens geschieht. Diese Ausnahme ist sehr restriktiv und richtig so. Denn wer kennt nicht die Fälle, wo man mit einer Abgangsentschädigung für einen unfähigen Manager billiger davon

Zitat

„Kampf wird noch Jahre dauern“

Ethos-Direktor Dominique Biedermann zur Minder-Initiative. Er kämpft für den Gegenvorschlag.

Zoom

Nicht nur der SGV und economiesuisse lehnen die Minder-Initiative ab. Auch die Gewerkschaft Travail.Suisse unterstützt den Gegenvorschlag.

Travail.Suisse

Zahl

295

Die Delegierten der SVP haben die NEIN-Parole zur Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ mit 295 Nein- zu 160 Ja-Stimmen gefasst.

kommt. Die Volksinitiative sieht keine einzige Ausnahme vor und macht Firmen führungsunfähig. Man bedenke: Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag gelten nicht nur für die grossen Firmen, sondern auch für alle anderen – einige hundert – kleinere und mittlere Unternehmen an der Börse!

6. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass vielerlei Einzelheiten (Erfolgs- und Beteiligungspläne, Anzahl VR-Mandate, Rentenregelungen, allfällige Kreditgrundsätze etc.) nicht – wie in der Volksinitiative vorgesehen – in den Statuten sondern im Vergütungsbericht verankert werden. Der Vergütungsbericht muss aber jedes Jahr durch die Generalversammlung genehmigt werden. Das ist sinnvoll. Denn Dinge, die sich laufend ändern, sollten nicht statutarisch festgehalten, aber doch wie die Statuten durch die Aktionäre beschlossen werden. Die Volksinitiative bedeutet für all die Hunderten von Firmen eine unheimliche Bürokratie und gefährdet Arbeitsplätze.

7. Nur der Gegenvorschlag sieht die Rückerstattung einer Vergütung vor, die angesichts einer ungenügenden Leistung als zu hoch beurteilt wird. Und dies ungeachtet der finan-

ziellen Situation des Unternehmens. Das ist eine sehr effiziente Klausel. Das fehlt in der Volksinitiative völlig. Die Ethos-Stiftung, die Vermögen der Pensionskassen vertritt, erwähnt, dass beispielsweise Brady Dougan als CEO der CS den Betrag von 70 Millionen Franken, die er im Rahmen früherer Beteiligungspläne erhalten hat, zurückgeben müsste, wäre der Gegenvorschlag schon in Kraft.

8. Seit Jahren setze ich mich dafür ein, dass Verwaltungsräte jedes Jahr einzeln gewählt, bzw. wieder gewählt werden müssen. Dies insbesondere, weil es nicht angeht, dass sich Verwaltungsräte für drei Jahre wählen lassen und aber sich dann jedes Jahr ohne Einfluss der Eigentümer selbst bedienen. Die einjährige Amtsdauer wird im neuen Aktienrecht für börsenkotierte Firmen zum gesetzlichen Normalfall erklärt. Die Statuten können bis 3 Jahre vorsehen. Im Gegenvorschlag wurde auf die zwingend einjährige Amtsdauer verzichtet, weil die Angst vor Raibern und Hedge-Fonds überwog. Ganz von der Hand zu weisen ist dies nicht. Da nun nach dem neuen Aktienrecht sämtliche Bezüge, Boni und Entschädigungen jährlich von der Generalversammlung beschlossen

werden müssen, fällt der Hauptgrund der einjährigen Amtsdauer weg.

9. Einzelne Regelungen der Volksinitiative von untergeordneter Bedeutung hat das Gesetz nicht aufgenommen. Diese wären für kleinere Firmen auch sehr nachteilig. Nur die Ablehnung der Volksinitiative garantiert das Gesetz gegen die Abzockerei. Nur bei Ablehnung könnte dieses sofort in Kraft treten, und damit könnten die Missstände übrissener Boni und Entschädigungen unverzüglich behoben werden. Aber ohne die bürokratischen und arbeitsplatzgefährdenden Einzelmassnahmen.

Fazit

Mit dem Gegenvorschlag wird die Abzockerei verunmöglicht, ohne dass Tausende von Arbeitsplätzen in Betrieben, die nie exzessive Saläre bezahlten, gefährdet werden. Aber nur die Ablehnung der Volksinitiative kann dies bewirken!



von Nationalrat
Christoph Blocher,
Vizepräsident SVP
Schweiz, Herrliberg
(ZH)

Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole
Mehr Informationen: www.minder-nein.ch



INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT ODER IM FRANCO-PARLER

**Ganzseitiges Inserat gelesen von
70'000 Abonnenten für Fr. 5'000.-**

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer 031 300 58 58 oder per E-Mail an klartext@svp.ch. Unsere Zeitung gibt es auch online auf www.svp.ch

A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner, -Telefax

OKI MC861CDXN



- bis 5 Jahre Onsite-Garantie
- 34 Seiten./min. (26 farbig)
- 3 Kassetten Standard, Vorrat 1500 Blatt
- Stapel-Einzug für 100 Blatt
- Original-Einzug 50 Blatt
- doppelseitig drucken/kopieren
- Zoom 25-400% (Visitenkarte -> A4)
- 40 GB Festplatte
- Zugriffsrechte Farbe steuerbar
- Papiergewicht bis 200g
- Couverts, Folien, Etiketten
- Hervorragende Druckqualität
- Perfekt für Fotos: ProQ2400
- High-Speed USB, Netzwerk
- 500 Kurzwahl-Nr. für Fax
- Kopien <10 Rp. farbig bzw. <1,3 Rp. s/w dank Flexrate
- + vieles, vieles mehr

dank geringen
Folgekosten meist
günstiger als A4
Farbdrucker

für SVP-Mitglieder:

Sensations-Preis 2690.00

nach Fr. 700.00 Cashback

exkl. MWSt. Solange Vorrat. Preisgünstige Lieferung und Installation (ganze Schweiz). Bereits 140 begeisterte Kunden.

OCotex AG, 8343 Rotkreuz 041 799 50 00 info@ocotex.ch

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf /ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

**Machen Sie jetzt mit und beantworten Sie
die Online-Umfrage!**



Volksbefragung zu Familie und Bildung

**WWW.
volksbefragung.ch**

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 65'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Schweizer Bauer, Parlamentsdienste 3003 Bern, Peter Schaub

Auszüge aus den Kommissionen

Im Januar 2013 fanden bereits zahlreiche Kommissionssitzungen im Hinblick auf die Frühjahrsession 2013 statt. Nachfolgend ein Überblick über die wichtigsten Themenbereiche.

Das hat die SVP erreicht:

Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats beantragt, die Initiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ ohne Gegenentwurf abzulehnen. Eine Freiwilligenarmee kann die Sicherheit der Schweiz nicht gewährleisten.



Volksinitiative: „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“

Die Volksinitiative will mit einer neuen Verfassungsnorm Personen, die wegen einer Sexualstraftat an minderjährigen oder abhängigen Personen verurteilt worden sind, endgültig das Recht entziehen, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Ein indirekter Gegenentwurf, der wesentliche Elemente der Initiative aufnimmt, liegt bereits vor. Mit einem direkten Gegenentwurf soll eine alternative Möglichkeit aufgezeigt werden.

Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

Benachteiligung der Familien

Mit ihrer Entscheidung, die Familieninitiative der SVP abzulehnen, hat die Wirtschaftskommission des Nationalrates einen diskriminierenden Entscheid gefällt und sich für eine Benachteiligung der Familien, die ihre Kinder selber betreuen, ausgesprochen. Die gleichen Kreise, welche anlässlich der Volksabstimmung vom 3. März 2013 eine Verstaatlichung von Familien und Kindern im Rahmen des neuen Verfassungsartikels zur Familienpolitik fordern, zeigen damit ihr wahres Gesicht. Es geht ihnen darum, bestimmte Familienformen zu benachteiligen und schlecht zu machen. Die SVP hingegen will alle Familien steuerlich entlasten und stärken.

Sitz im Uno-Sicherheitsrat

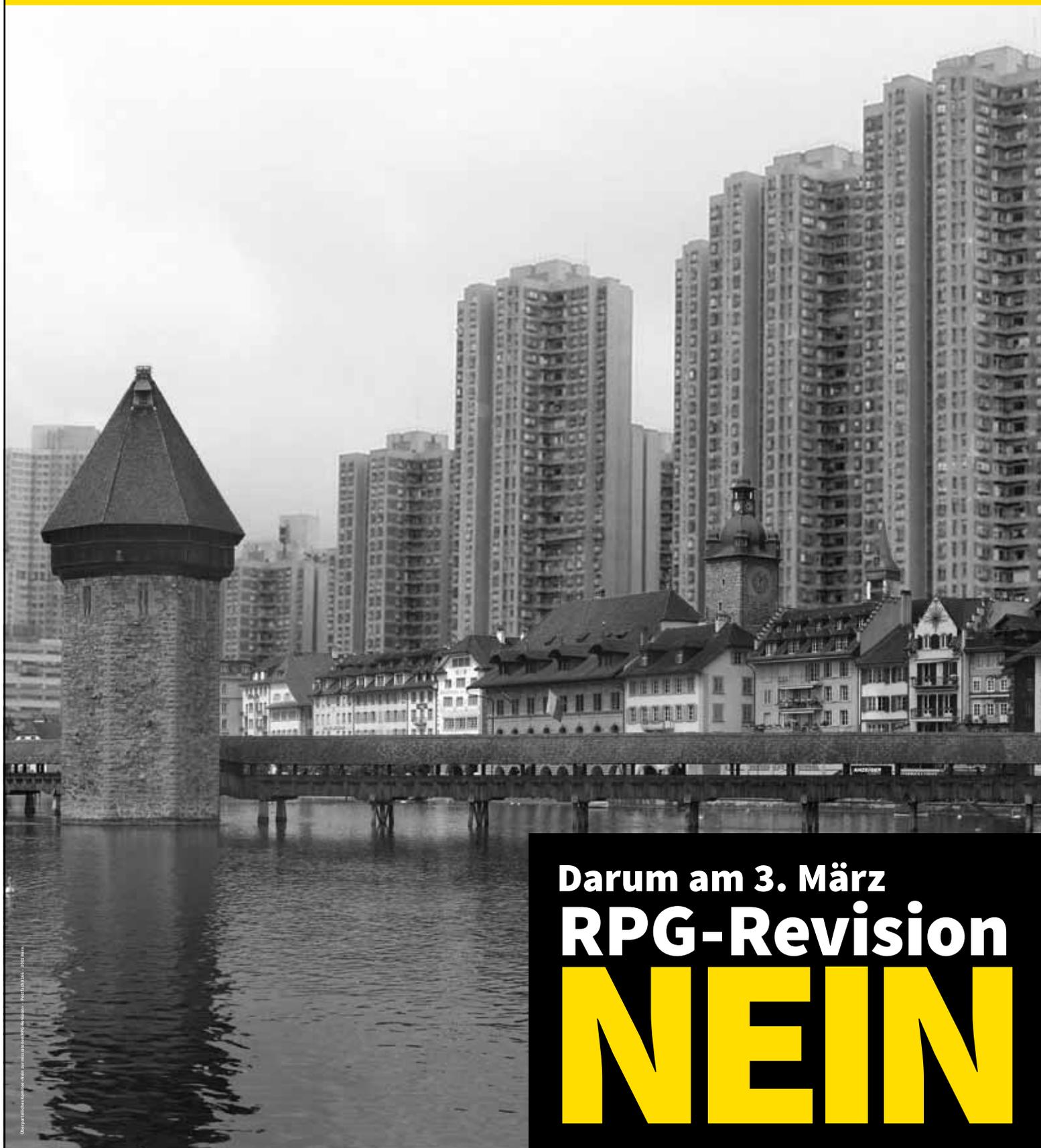
Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat eine parlamentarische Initiative seitens der SVP geprüft, welche darauf abzielt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit das Parlament und das Volk und nicht der Bundesrat über die Mitgliedschaft der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat zu befinden hat. Mit 11 zu 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen hat die Kommission entschieden, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Personenfreizügigkeit mit Kroatien

Die Aussenpolitischen Kommissionen des Nationalrats und des Ständerats haben das Verhandlungsmandat des Bundesrates über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien gutgeheissen. Die Mehrheit der Kommissionen ist der Ansicht, dass die Teilnahme am EU-Binnenmarkt nicht gefährdet werden dürfe.



Horror-Mieten auf engstem Raum



Darum am 3. März
RPG-Revision

NEIN

Delegiertenversammlung in Balsthal (SO) 15

Rege Diskussion und 2 x NEIN

Die Badmintonhalle in Balsthal (SO) platzte mit über 650 Besuchern und Delegierten aus allen Naften. Dies heizte die grundlegende und gute Diskussion zusätzlich an. Sowohl beim Familienartikel als auch bei der Abzocker-Initiative meldeten sich Dutzende von Votanten zu Wort. Schlussendlich obsiegten bei beiden Vorlagen die Gegner.



Der Bundesbeschluss über den Familienartikel wurde mit 482:1 Stimme von den Delegierten abgelehnt.



Christoph Blocher und Thomas Minder lieferten sich ein faibles Duell. Die Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ wurde mit 295:160 Stimmen abgelehnt.



Nadja Pieren im TV Interview zum Familienartikel, den sie wie die grosse Mehrheit der SVP-Basis ablehnt.



Eveline Lanz und Claudia Fluri, die Organisatorinnen der DV freuen sich über einen gelungenen Anlass



Die Tamburengruppe „Tambouren Mümliswil“ sorgte für gute Stimmung.



13. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundespräsident Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 23. Februar 2013

10.30 – 16.00 Uhr 9.00 Uhr Türöffnung

**in der Markthalle Toggenburg,
Wattwil / SG**

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-; 2. Preis Fr. 200.-; 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen.

Fr. 25.- Mittagessen

(Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich)

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker,
SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde
herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem
untenstehenden Talon per Email, per Post oder per Fax
baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).

Organisation

SVP Ortspartei Wattwil unter der Leitung von OK-Präsident
Hansueli Hofer und Nationalrat Felix Müri.

Experte: Hans Bachmann, ex-Jass-Schweizermeister.



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 13. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 23. Februar 2013 an:

Französische Karten Deutschschweizer Karten Egal

Name Vorname

Adresse PLZ Ort

Tel. E-Mail oder Fax

Talon einsenden an: SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: imobersteg@svp.ch